

Herrn
Ludwig Seuffert
2. Bürgermeister
Ostendstraße 7
63839 Kleinwallstadt

Ansprechpartner:

Dr. Tasia Walter
Telefon: +49(0)89 4126-2148
Fax: +49(0)89 4126-1643
E-Mail: tasia.walter@fw-landtag.de
www.fw-landtag.de

18.06.2018

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Sehr geehrter Herr Seuffert,

die Straßenausbaubeiträge in Bayern werden endlich abgeschafft, die Ersatzfinanzierung für die Kommunen ist allerdings noch unbefriedigend!

Nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist es jetzt dringend nötig, dass die Staatsregierung Planungssicherheit für die Kommunen herstellt. Die jahrelange Diskussion um die Straßenausbaubeiträge hat großen Ärger in den Kommunen verursacht. So konnte es nicht weitergehen! Das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER mit rund 350 000 Unterschriften in wenigen Wochen hat die Trendwende eingeleitet. Leider bleibt die Staatsregierung jetzt bei der Abschaffung auf halbem Weg stehen!

In unseren parlamentarischen Initiativen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge haben wir eine Alternativfinanzierung für die Kommunen - egal ob sie eine Satzung hatten oder nicht! - von mindestens 150 Millionen Euro jährlich gefordert und uns für die Rückerstattung von bereits bezahlten Straßenausbaubeiträgen bis 1. Januar 2014 ausgesprochen. Mit diesem Stichtag wollen wir die bestehende Rechtsunsicherheit zwischen den Bürgerinnen und

Bürgern und den Kommunen beenden und so zum Rechtsfrieden beitragen. Viele laufende Rechtsstreitigkeiten wären damit erledigt, auch im Sinne der Kommunen. Der „von oben“ in die Kommunen hineingetragene Druck (Haushaltsgenehmigung teilweise nur bei Erlass und Anwendung einer Straßenausbaubeitragssatzung) war Ursache vieler teils sehr hoher Beitragsbescheide an Straßenanlieger. Eine Rückerstattung bis 1. Januar 2014 würde auch hier viele Ungerechtigkeiten und Rechtsstreitigkeiten beseitigen und wäre eine teilweise Wiedergutmachung staatlicher Maßnahmen auch gegen Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte.

Genau für diese Ziele kämpfen wir also weiter und wollen nach der Landtagswahl im Herbst weitere Verbesserungen durchsetzen, zu denen die CSU jetzt nicht bereit ist. Eine stärkere Unterstützung durch die kommunalen Spitzenverbände bei der Einforderung staatlicher Mittel für die Kommunen wäre wünschenswert. Es ist untragbar, dass die Bürgermeister heute noch nicht wissen, ob, in welcher Höhe und für wen es ab 2019 staatliche Mittel für den Straßenausbau gibt!

Konkret heißt das: Wir, die FREIE WÄHLER Fraktion kritisieren an dem von der CSU Fraktion vorgelegten Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, der erst Mitte April 2018 vorgelegt wurde,

- dass er keine Regelungen für die zukünftige Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen vorsieht
- dass lediglich Bescheide, die nach dem 01.01.2018 verschickt wurden, aufgehoben werden.

- dass die Regelungen zu Vorauszahlungsbescheiden höchst ungerecht und willkürlich sind. So soll auch für vor dem 31.12.2017 festgesetzte Vorauszahlungen der Grundsatz gelten: „Bescheid ist Bescheid“.
- dass Kritik auch von Städtetag und Gemeindetag am Gesetzentwurf der CSU unberücksichtigt geblieben sind: Ein Abstellen auf den Zeitpunkt der Festsetzung des Beitragsbescheids entspricht nicht der Systematik des Beitragsrechts und führt zu erheblichen Ungerechtigkeiten.

Die FREIEN WÄHLER haben in ihrem Volksbegehren immer auf die Beendigung der Maßnahme als konkreten Zeitpunkt abgestellt. Zwar kann das Volksbegehren nicht weiter aufrechterhalten werden, um diesen Aspekt noch durchzusetzen, da die Grundlage des Begehrens – also die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge – bereits erreicht wurde, aber die Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag wird sich, wie angekündigt, in der kommenden Legislaturperiode für die benannten Korrekturen einsetzen.

Verantwortung übernehmen heißt auch konkrete Position zu beziehen und die Regelungen beim Namen zu nennen! Daher hoffen wir, dass auch Sie uns weiterhin dabei unterstützen, eine für Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger gerechtere Lösung im Zuge der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu finden.

Mit freundlichen Grüßen


Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender


Joachim Hanisch, MdL
Sprecher für kommunal-
politische Fragen


Bernhard Pohl, MdL
Finanzpolitischer
Sprecher